

# Basler Jungparteien gegen Jugendgewalt

## Gemeinsames Anliegen

Politik, Medien und Wissenschaft befassen sich in letzter Zeit intensiv mit der Jugendgewalt, Fachleute geben dazu Kommentare ab.

Wir Jungparteien begrüßen dieses Interesse, stellen aber fest, dass die Jugendlichen selbst nur am Rande einbezogen werden. Es ist uns ein Anliegen, Gewaltfragen unabhängig von Wahlkampf-Aufmerksamkeit und medialen Zuspitzungen anzugehen. Wir halten auch fest, dass Jugendgewalt nicht isoliert von Gewalttendenzen in der ganzen Gesellschaft diskutiert werden kann, sondern stets im Kontext zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden muss. Die Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt ist für die Lebensqualität und das Lebensgefühl aber generell wichtig, was Überlegungen und Anstrengungen für wirksame Massnahmen erfordert. Diese müssen realistisch sein und von der konkreten Lebenswirklichkeit ausgehen.

Es ist naheliegend, dass es parteipolitische Differenzen in der Wahrnehmung und Einschätzung der Problematik und ihrer Ursachen gibt. Zum politischen Wettbewerb gehören die verschiedenen Akzentsetzungen und Gewichtungen. Wir sind davon überzeugt, dass sachliche Diskussionen ohne ideologische Vorbehalte zur Ausarbeitung und Umsetzung von sinnvollen und mehrheitsfähigen Massnahmen zur Eindämmung der Jugendgewalt führen können. Die Vermeidung und Bekämpfung von Jugendgewalt gelingt am besten, wenn alle sinnvollen Vorschläge und Massnahmen gut aufeinander abgestimmt sind und fortlaufend verbessert werden.

## Aktuelle Situation

Für die Jugendlichen in Basel (und in anderen Agglomerationszentren) ist heute das Freizeitvergnügen im öffentlichen Raum nicht selten belastet und eingeschränkt. Namentlich Anpöbeleien und Anmache durch gewaltbereite Banden schränken die Bewegungsfreiheit ein und schüren Angst und Misstrauen. Toleranz und Respekt werden strapaziert, Alkoholexzesse verschärfen die Situation. Gewaltopfer und belästigte Personen können sich nicht auf die Hilfsbereitschaft der zufällig

Anwesenden verlassen. Auch wenn die Statistiken verschieden interpretiert werden können, ist aus der Sicht der Jugendlichen dringend zu handeln.

Die Situation muss verbessert werden. Auch wenn wir die bisherigen Massnahmen von Behörden, Jugendprojekten und privaten Organisationen anerkennen, müssen diese noch besser koordiniert und gezielt ergänzt werden, um die Situation wirksam und nachhaltig zu entschärfen und den öffentlichen Raum für alle gleichermassen attraktiv zu machen.

Einzelnen Erfolgen – beispielsweise im Schulbereich – stehen gesamtgesellschaftliche Verantwortungs-Defizite gegenüber.

Massnahmen fordernd, geben wir uns auch keinen Illusionen hin: Es hat schon immer Jugendgewalt gegeben und es wird sie wohl auch weiterhin geben. Das Anzeigeverhalten von Opfern und die Mediensituation unterliegen jedoch Veränderungen. Tatsache ist, dass die Brutalität in den letzten Jahren zugenommen hat. Dieses Phänomen hat tiefere Ursachen, die sich nicht einfach durch ein kantonales Massnahmenpaket beheben lassen. So haben zum Beispiel andere Kulturen ein anderes Verständnis von Gewalt in Familie und Gesellschaft. Trotzdem wäre resignierte Gelassenheit die falsche Reaktion. Es braucht ein breites Engagement von Gesellschaft und Staat, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren und die Verhältnisse nachhaltig zu verbessern.

### **Lösungsansätze**

Die komplexe Gewaltproblematik kann unserer Meinung nach nur mit einem Bündel von innovativen Massnahmen und einem breiten, gemeinsamen Vorgehen aller involvierten Kreise wirksam angegangen werden. Es braucht dazu ein umfassendes Massnahmenpaket mit strukturellen Massnahmen, Prävention und Intervention. Diese dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen und verstärken. Entsprechende Projekte und Massnahmen müssen möglichst bald geplant und eingeleitet werden.

### **Gemeinsame Ziele**

Die Jungparteien möchten eine lebendige und aufgeschlossene Stadt, in der sich Jung und Alt überall und frei bewegen können. Die Lebensqualität in Basel soll hoch sein und Lebensfreude frei ausgelebt werden können. Gewalt soll möglichst vermieden und konsequent bekämpft werden.

## **Massnahmen**

### **1. Chancengleichheit bei Bildung**

- Gute Bildung und gezielte Förderung für alle Kinder, schon vor dem Kindergarten und über die ganze Schulzeit.
- Unter den Gewalttätern gibt es solche, die unter schwierigen Bedingungen aufgewachsen sind und als Jugendliche geringe Berufsperspektiven haben. Diese sollen inskünftig früh erfasst, eng begleitet und umfassend gefördert, aber auch gefordert werden.

### **2. Berufsausbildung und Beschäftigung für alle**

- Beschäftigung für jeden Schulabgänger und jede Schulabgängerin.
- Jugendliche ohne Lehrstelle oder Arbeit sollen in bestehende oder neu zu schaffende Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramme aufgenommen werden.
- Jugendliche ohne Tagesstrukturen sollen eine solche erhalten.

### **3. Einbezug der Erziehungsberechtigten**

- Begleitung und Unterstützung von überforderten Erziehungsberechtigten;
- präventiv wirksame Kursangebote für gefährdete Familien;
- Erziehungsberechtigte von jugendlichen Gewalttätern sollen vermehrt in die Pflicht genommen und dazu angehalten werden, Informations- und Integrationsangebote zu besuchen.

### **4. Raum für Jugendliche**

- Grosszügige Neugestaltung der öffentlichen Treffpunkte und Plätze der Jugendlichen, so dass sie ihre Funktion als Orte der Begegnung erfüllen können und einer Grossstadt gerecht werden.
- Die Räume sollen hell, offen und funktional gut eingerichtet werden.

### **5. Effektiver Jugendschutz**

- Konsequente Beachtung der Jugendschutzbestimmungen im Rahmen der Selbstkontrolle und deren Überprüfung durch die zuständigen Behörden beim Verkauf von Alkohol, Nikotin, Filmen und Computerspielen mit Gewalt

verherrlichenden und rassistischen Darstellungen und dem Verkauf von Pornos.

#### **6. Keine Toleranz gegenüber Gewalt**

- Umsetzung des Prinzips Null-Toleranz gegen Vandalismus und Gewalt bedarf eines zügigen Handelns der hierfür zuständigen Behörden.
- Diese bedingt die Sicherstellung des dazu benötigten Personals.

#### **7. Jugendpolizei**

- Schaffung einer spezifisch ausgebildeten Jugendpolizei, die präventiv Kontakte pflegt, an den Brennpunkten präsent ist und bei Bedarf rasch intervenieren kann.
- Die Jugendpolizei soll mit der offenen Jugendarbeit zusammenarbeiten; letztere muss gestärkt werden.

#### **8. Rayon-Verbot**

- Das Instrument Rayon-Verbot soll so ausgestaltet werden, dass damit gezielt eindeutig gewaltbereite Personen unter enger Einhaltung der erst noch zu schaffenden gesetzlichen Bestimmungen für eine bestimmte Zeit von klar bezeichneten Plätzen weggewiesen werden können.
- Das Instrument soll ausschliesslich der Gewaltverhinderung dienen und darf nicht zur allgemeinen Pflege des Stadtbildes eingesetzt werden.

#### **9. Selbstverantwortung und Hilfsbereitschaft**

- Gemeinsame Durchführung einer nachhaltigen Kampagne für Selbstverantwortung und Hilfsbereitschaft mit Eltern, Schulen, Jugendorganisationen, Vereinen, Stiftungen und Behörden.
- Die Kampagne soll sich gegen Gleichgültigkeit wenden, zu Engagement aufrufen und an die Pflicht zur Hilfeleistung im Notfall erinnern.

#### **10. Bessere Koordination**

- Alle Massnahmen gegen Jugendgewalt im öffentlichen Raum müssen besser koordiniert und ständig verbessert werden.
- Die zuständigen Stellen sollen die bestehenden Anlaufstellen für Jugendliche im Kanton auflisten.



## Präsentation

Diese Vorschläge werden von folgenden Jungparteien als *gemeinsame öffentliche Erklärung „Basler Jungparteien gegen Jugendgewalt“* präsentiert am **Do 28. August 2008, 16.00 Uhr, im Sommercasino**

- JUSO
- JCVP
- JSVP
- JL
- JFBS
- Junges Grünes Bündnis
- Glp U25

Michel Kessler, 18.07.2008